

**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	25.07.12

---

**Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 26.09.00**

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

**die stimmberechtigten Mitglieder**

**von der CDU**

Herr Stv. Ellinghaus  
Herr Gerlach  
Herr J.-Ph. Kühme

**von der SPD**

Frau Stv. Güster  
Herr Michaelis  
Herr Stv. Mucke  
Herr Stv. Ramette

**von der F.D.P.**

Frau Panetta-Jung

**vom Caritasverband**

Herr Römer

**vom Diakonischen Werk Barmen**

Frau Pfr. Schäning (außer TOP 1 b)

**vom Diakonischen Werk Elberfeld**

Herr Pfr. Blind (nur TOP 1 b)

**von der Arbeiterwohlfahrt**

Frau Dudda-Dillbohner

**vom Jugendring**

Herr Schmalenbeck (bis einschl. TOP 2)

**die beratenden Mitglieder**

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)  
Frau Burmeister (Evang. Kirche)  
Frau Reichert (Schulen)  
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)  
Frau Sauter-Glücklich (Amtsgericht)  
Frau Wendt (sachkundige Bürgerin)  
Herr Mann (Ausländerbeirat)  
Herr Beig. Dr. Kühn  
Herr Lenz (R. Jugendamt & Soz. Dienste)

**Vertreter/innen der Bezirksjugendräte**

Lara Peter  
Peter Kortas

**von der Verwaltung**

Frau Krentz (R. 201.0)  
Frau Schmidt (R. 201 - Jugendhilfepl.)  
Herr Weidenbruch (SB 202)  
Herr Mast-Weisz (SB 208)  
Herr Krieg (SB 208)  
Herr Stein (Ausländerbeauftragter)

**von der Presse**

Frau Roßkothen (Westdeutsche Zeitung)  
Frau Barthlomä (Wuppertaler Rundschau)

Herr Simon (ab TOP 3)  
Frau Douven (ab TOP 6)

**Sitzungsort:** Aula der Peter-Härtling-Schule,  
Schusterstr. 24

**Sitzungsbeginn:** 16.05 Uhr

**Sitzungsende:** 17.45 Uhr

**Schriftführer:** Herr Korte

**Besucher:** 26

## I. Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Formgemäß verpflichtet er Herrn Jan-Phillip Kühme, der als stellvertretendes Mitglied erstmals an einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnimmt.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des **Vorsitzenden** zu folgen und die Tagesordnung um zwei zu erweitern.

1 a) Aktuelle Situation nach rechtsradikalen Vorfällen in Wuppertal

1 b) Strukturelle Veränderungen beim Elberfelder Erziehungsverein

Soweit den Bezirksjugendräten **Lara Peter** und **Peter Kortas** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

### 1.

#### **Vorstellung der Schule**

Der **Vorsitzende** bedauert, dass sich die Absicht, die Sitzung hier in der Peter-Härtling-Schule mit der Vorstellung des Unternehmens Zündfunke zu verbinden, aus terminlichen Gründen nicht verwirklichen ließ.

Der Rektor der Peter-Härtling-Schule, **Herr Burchardt**, stellt die Schule kurz vor. Er berichtet über die Arbeit mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern, die durch das Unternehmen Zündfunke des Luise-Winnacker-Kinderhauses in der Rutenbeck unterstützt wird. Die Schule wurde 1970 in der Malerstraße mit zwei Klassen gegründet und sieben Jahre später in die Schusterstraße verlegt. Das vor drei Jahren renovierte Schule bietet gute Arbeitsmöglichkeiten für Schüler und Lehrer.

#### 1 a) - neu -

#### **Aktuelle Situation nach rechtsradikalen Vorfällen in Wuppertal**

**Herr Dr. Kühn** zeigt sich bestürzt über den auf ein Asylbewerberheim in Wichlinghausen verübten Brandanschlag. Er verweist hinsichtlich des Tathergangs auf die ausführliche Berichterstattung in den Medien. Die vier zwischen 20 und 23 Jahren alten mutmaßlichen Täter kämen aus Wuppertal bzw. Velbert. Bei Hausdurchsuchungen habe man bei ihnen Unterlagen mit rechtsradikalem Gedankengut gefunden.

Die von dem Brandanschlag betroffene vierköpfige Familie komme aus dem ehemaligen Jugoslawien und lebe erst seit Juni in Wuppertal. Die Familie sei nur knapp an einer noch größeren Katastrophe vorbeigeschliddert. Die Ehefrau und die beiden Kinder ständen noch unter Schock. Die Familie werde intensiv betreut.

Wegen des guten Zusammenhalts unter den Bewohnern des Hauses möchte die Familie nicht von dem Angebot Gebrauch machen, in eine andere Unterkunft zu ziehen. Die Familie wechsle des-

halb nur innerhalb des Hauses die Wohnung. Die materiellen Schäden habe man ausgeglichen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen öffentlichen Stellen solle die Familie Gelegenheit für einen Kurzurlaub erhalten, um von den Geschehnissen etwas Abstand zu gewinnen.

**Herr Dr. Kühn** lobt die gute und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen den beteiligten öffentlichen Stellen. Über die schon vorher erfolgte Ausweitung der Hausmeisterdienste hinaus, werde die Polizei besonders in der Nacht ihre Streifentätigkeit verstärken.

Der **Vorsitzende** sieht es als positiv an, dass die betroffene Familie in Wuppertal bleiben will. Er dankt allen Beteiligten für ihre schnelle und unbürokratische Hilfe.

Für **Frau Sauter-Glücklich** stellt sich die Frage, ob sich Vorfälle dieser Art durch geeignete Gegenmaßnahmen nicht schon im Vorfeld verhindern lassen. Die vier Täter hätten bereits zuvor die Bewohner des Hauses und die Nachbarschaft terrorisiert. Es müsse ein Klima geschaffen werden, in dem Bedrohte ihre Angst verlieren, die Polizei einzuschalten.

**Herr Dr. Kühn** hält die Prävention für den entscheidenden Themenkomplex. Der Rat habe in seiner letzten Sitzung schon eingehend über mögliche Maßnahmen beraten und mehrere Anträge an die beteiligten Ausschüsse überwiesen. Alle Maßnahmen müssten generationenübergreifend auf eine nachhaltige Wirkung hin angelegt sein. Man dürfe nicht nur Jugendliche ansprechen, Einmalige Aktionen reichten nicht aus. Alle seien gefordert, jetzt Farbe zu bekennen. Wuppertal müsse sich als Verfechterin einer wehrhaften Demokratie erweisen. Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt würden aufgerufen, sich am kommenden Samstag um 10.00 Uhr zu einer Mahnwache auf dem Neumarkt zu versammeln.

**Frau Bill** schlägt ein Aktionsbündnis zwischen den verschiedenen Trägern vor. Es müsse überprüft werden, inwieweit die bisherige Präventionsarbeit tatsächlich greife. Die Aussage von der nicht „fassbaren“ rechtsradikale Szene sei nicht nachvollziehbar, wenn man hier höre, dass die Täter ihre Nachbarschaft schon seit längerer Zeit regelrecht tyrannisiert haben. Rechtsradikalen Jugendlichen müsse bei Hausbesuchen klargemacht werden, dass ihr Verhalten nicht toleriert werde.

Nach Aussage von **Herrn Mast-Weisz** arbeitet der Stadtbetrieb Jugend & Freizeit eng mit Schulen und freien Trägern zusammen. Landesmittelanträge für entsprechende Präventionsmaßnahmen würden bereits vorliegen. Schwierig sei es, an die Erziehungsberechtigten heranzukommen, denn die Jugendlichen drückten das Gedankengut ihrer Eltern nur in radikalerer Form aus. Präventionsmaßnahmen für Jugendliche reichten deshalb alleine nicht aus.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, die Diskussion erst einmal zu beenden. Er bekräftigt, dass unsere Demokratie gegenüber allen extremistischen Kräften jetzt ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen muss.

## 1 b) - neu -

### **Strukturelle Veränderungen beim Elberfelder Erziehungsverein (EEV)**

**Herr Pfr. Blind**, Mitglied des Vorstandes des Elberfelder Erziehungsvereins (EEV), erläutert die Gründe des Vereins, sich im kommenden Jahr von rd. 600 Kindergartenplätzen zu trennen. Auch er habe den Vorschlägen einer internen Arbeitsgruppe in der Vorstandssitzung am 31. Aug. notgedrungen zugestimmt. Um Vertraulichkeit zu wahren, sei man seinerzeit aber übereingekommen, die Öffentlichkeit erst jetzt zu informieren.

Der EEV reagiere mit seiner Entscheidung auf die zum 31. Juli des kommenden Jahres auslaufende Regelung zur Gewährung freiwilliger städtischer Zuschüsse. Der Verein wolle aber keine "neue Situation" schaffen, die Zuschüsse weiterhin zu gewähren. An dem 20-%igen Eigenanteil fehlten dem EEV 600.000 DM. Zu bedenken sei, dass dem EEV aber mehr Geld aus Kirchensteuerermitteln zufließen würden, als jeder einzelnen Kirchengemeinde.

Überbelegungen ließen sich auf Dauer nicht mehr verkraften. Das Angebot müsse vielmehr im Hinblick auf eine als notwendig erachtete Qualitätsverbesserung gestrafft werden. Die alten Gebäude bedürften dringend der Modernisierung.

Es sei geplant, sich von den vier Einrichtungen Zimmerstraße, Röttgen, Mohrhennsfeld und Vogelsaue mit 10 Gruppen und 210 Plätzen zu trennen, sie aber nach Möglichkeit nicht zu schließen, sondern an andere Träger abzugeben. Weitere 27 Gruppen entfielen durch Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen in fast allen Einrichtungen. So wolle man beispielsweise bisherige Gruppenräume zu Nebenräumen umbauen, wie es dem heutigen Standard entspreche.

Auf der Basis von Vollzeitstellen würden 44 Arbeitsplätze gestrichen. Man sei sich bewusst, dass diese Entscheidung den Arbeitsmarkt erheblich belaste, denn die Mitarbeiterinnen würden in Wuppertal wahrscheinlich keine neue Stelle finden. Der EEV komme an einer Qualitätsverbesserung seiner Einrichtungen im Hinblick auf die notwendige finanzielle Gesundheit des Vereins aber nicht vorbei.

Herr Pfr. Blind unterstreicht, dass die Entscheidung des EEV nichts mit dem Verhalten der Stadt zu tun hat. Er lobt vielmehr die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Fraktionen in der Vergangenheit.

Der **Vorsitzende** betont, dass die Stadt den Wegfall von fast 600 Plätzen nicht einfach hinnehmen kann. Er ruft die anderen freien Träger dazu auf, die Stadt bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die Kindergartenplätze des EEV zu erhalten.

**Herr Dr. Kühn** setzt sich für eine konzertierte Aktion ein. Alle freien Träger seien zur Mithilfe aufgerufen, die durch den Wegfall der Kindergartenplätze beim EEV eintretenden Folgen zu mildern. Gerade erst habe man nach einer Lösung zur Schaffung von zusätzlichen 660 Kindergartenplätzen gesucht. Jetzt verdoppele sich die Zahl der fehlenden Plätze und potenzierten sich die Probleme.

Er appelliert an alle Träger, bei Überlegungen hinsichtlich als notwendig erachteter Veränderungen mehr Transparenz zu zeigen. Die Stadt laufe sonst wie im Hase-Igel-Spiel immer vergeblich dem Ziel hinterher, eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen zur Verfügung zu stellen.

**Frau Wendt** schließt sich den Aussagen von Herrn Dr. Kühn an. Sie habe viele Anrufe schockierter Eltern erhalten. In Anbetracht des für sie völlig überraschenden Wegfalls der Kindergartenplätze sei es ihr aber auch nicht möglich gewesen, den Eltern einen Rat zu geben.

Der **Vorsitzende** betont, dass der Entschluss des EEV nach den Ausführungen von Herrn Blind nicht auf den Wegfall des städtischen Sonderzuschusses zum 31. Juli des kommenden Jahres zurückzuführen ist.

**Herr Gerlach** weist darauf hin, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung seine Basisbetrachtungen abgeschlossen hat. Er bittet alle anderen freien Träger, die ähnliche oder vergleichbare Überlegungen wie der EEV anstellen, sich auch dann umgehend zu äußern, wenn noch kein Beschluss gefasst worden ist. Man müsse sich jetzt umgehend zusammensetzen, damit die durch die Entscheidung des EEV wegfallenden Kindergartenplätze möglichst nahtlos ersetzt werden könnten.

**Frau Bill** sieht die Entscheidung des EEV als einen bitteren Tag für die Kindergartenlandschaft in Wuppertal an. Immer wieder sei an die freien Träger appelliert worden, ihre Planungen offen zu legen. Die Stadt habe ihrerseits auf Neuplanungen verzichtet, weil einige freie Träger über die Unterbelegung ihrer Einrichtungen geklagt hätten. Die Entscheidung des EEV stelle eine schlimme Erfahrung dar. Es falle schwer, unter diesen Voraussetzungen, den guten Willen für eine Problemlösung zu entwickeln.

Auch **Frau Güster** bedauert die Entscheidung des EEV. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung habe man sich ausführlich mit dem Thema Kindergartenplanung befasst. Der Unterausschuss hätte bei diesen Beratungen wenigstens andeutungsweise über eine mögliche Schließung von

Gruppen informiert werden können. Die Stadt werde jetzt bei ihren Bemühungen, eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen bereitzustellen, ganz plötzlich weit zurückgeworfen. Der Unterausschuss müsse jetzt so schnell wie möglich einberufen werden, um den drohenden Schaden abzumildern.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass in allen Redebeiträgen vorgeschlagen worden ist, nach konstruktiven Lösungen zu suchen.

**Herr Gerlach** kann nicht erkennen, dass in der Vergangenheit unsinnige Beschlüsse gefasst worden sind. Der Ausschuss habe sich deshalb auch keine Versäumnisse vorzuwerfen. Es sei wichtig, bereits heute einen Termin für die Sitzung des Unterausschusses zu vereinbaren.

**Herr Schmalenbeck** zeigt sich zufrieden mit dem Beratungsverlauf. Der Ausschuss habe klar und deutlich erklärt, sich bei der Bewältigung des Problems in die Verantwortung nehmen zu lassen.

## 2.

### **Anliegen der Bezirksjugendräte**

Bezirksjugendrat **Peter Kortas** zeigt sich erfreut über den bisherigen Verlauf der Vorbereitungen für die Wahl der Bezirksjugendräte. Er hofft auf eine wesentlich höhere Wahlbeteiligung als bei der ersten Wahl. Über 400 Jugendliche hätten bisher ihr Interesse an einer Kandidatur für einen der 144 zu vergebenden Sitze bekundet. Nach den Herbstferien solle eine große Kandidatenpräsentation stattfinden.

**Herr Dr. Kühn** bedauert, dass den Bezirksjugendräten kein offizielles Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss eingeräumt werden kann. Allen Fraktionen sei es jedoch unbenommen, Anregungen der Bezirksjugendräte als eigene Anträge in den Jugendhilfeausschuss einzubringen. Dies entspreche der allgemeinen Praxis in Wuppertal. Dem Anliegen der Bezirksjugendräte könne so auf eine befriedigende Art und Weise Rechnung getragen werden.

## 3.

### **Bericht des Arbeitskreises Mädchenarbeit**

**Frau Völker**, Referentin für Mädchenarbeit im Stadtbetrieb Jugend & Freizeit, sowie **Frau Mahnert**, **Frau Nüsse** und **Frau Enderlein** vom Arbeitskreis Mädchenarbeit berichten über ihre bisherige Arbeit und die in der nächsten Zeit geplanten Projekte. Aktuell findet vom 2. - 14. Okt. die 6. Wuppertaler Sportwoche für Mädchen und Frauen von 6 - 25 Jahre statt, die vom Arbeitskreis Mädchenarbeit mit veranstaltet wird.

Nähere Informationen über die Tätigkeit des Arbeitskreises sind als Anlage beigefügt.

## 4.

### **Realisierungsvorschlag zu Spielpunkten in der Innenstadt**

**Drs.-Nr. 4456/00**

**Frau Bill** zeigt sich erfreut, dass die Bezirksvertretung Elberfeld trotz aller vorgebrachten Bedenken den Mut aufgebracht hat, sich für die Realisierung von vier Spielpunkten in der Elberfelder Innenstadt auszusprechen. Der Jugendhilfeausschuss solle den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung an den Rat der Stadt unterstützen.

**Herr Dr. Kühn** betont, dass die Maßnahme aus Mitteln der Bezirksvertretung finanziert wird. Nach seiner Auffassung ist deshalb kein Ratsbeschluss mehr notwendig. Er schlägt vor, dem Beschluss

der Bezirksvertretung zuzustimmen und der Bezirksvertretung einen besonderen Dank für die von ihr getroffene Entscheidung auszusprechen.

Nach Meinung von **Frau Bill** haben die Bezirksvertretungen kein Beschlussrecht für Maßnahmen in den Innenstadtbereichen.

Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung zu klären, inwieweit noch ein Ratbeschluss notwendig ist.

**Herr Krieg** antwortet auf eine Frage von **Frau Richling**. In der Barmer Innenstadt sei man noch nicht so weit. Es fehlten noch die konkreten Vorgaben der Bezirksvertretung.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.09.00

1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung mit Vorschlägen zur Realisierung von Spielpunkten in der Elberfelder Innenstadt wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jugendhilfeausschuss dankt der Bezirksvertretung Elberfeld für ihre Entscheidung, an den Standorten Turmhof, Von-der-Heydt-Platz, Herzogstraße und Rommelspütt Spielpunkte für Kinder einzurichten.

Einstimmigkeit

### 5.

**Fortsetzung des Projektes Café Streetlife am Haus der Jugend Bergstr.      Drs.-Nr. 6077/00**

Keine Wortmeldung!

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.09.00

Das Streetwork-Projekt des Hauses der Jugend Bergstraße wird nach erfolgreicher Erprobungsphase unbefristet fortgeführt. Es nimmt auch künftig eine wichtige Funktion in der Nahtstelle zwischen Jugendarbeit und Drogenhilfe wahr. Unbeschadet der organisatorischen Zuordnung beim Stadtbetrieb Jugend & Freizeit arbeitet es konzeptionell auch zukünftig in enger Vernetzung mit allen anderen themenrelevanten Trägern. Die Übernahme der zuständigen Sozialarbeiterin in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ab dem 01.01.2001 wird befürwortet.

Einstimmigkeit

Der **Vorsitzende** verpflichtet formgemäß **Frau Douven**, die als Stellvertreterin von Herrn Schwarz an der Sitzung zur Beratung der restlichen Tagesordnungspunkte teilnimmt.

### 6.

#### **Berichte und Mitteilungen**

##### **6.1 Sachstandsbericht Hilfe zur Erziehung**

**Herr Lenz** erinnert an seinen Bericht über die problematische finanzielle Entwicklung bei den Hilfen zur Erziehung in der Mai-Sitzung. Seit dem 1. April greife ein Haushaltssicherungskonzept. Die Zahl der Hilfen sei zum 31. Aug. gegenüber dem Jahresanfang deutlich zurückgegangen.

- 7 -

Hilfen zur Erziehung insgesamt	1.727 statt 1.860
Teilstationäre Hilfen	137 statt 159
Ambulante Hilfen	699 statt 772

Seit dem 1. April habe die Zahl der Heimunterbringungen um etwa 40 gesenkt werden können. Bei etwa 70.000 DM pro Fall und Jahr mache dies rd. 3 Mio. DM aus.

Trotz aller Schwierigkeiten und der zusätzlichen starken Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müsse dieser Trend unbedingt gehalten werden. Das Ressort arbeite auch mit Hochdruck an einer Neukonzeption für die Hilfegewährung. Man hoffe, bis zum Jahresende wenigstens eine Grundkonzeption vorstellen zu können.

**Frau Bill** beurteilt die Situation skeptisch. Sie befürchtet, dass die eingeleiteten Maßnahmen nur kurzfristig greifen, wenn nicht der tatsächliche Bedarf an Hilfen zurückgeht.

**Herr Lenz** betont, dass es sich um eine Notmaßnahme handelt, die „inhaltlich weh tut“. Im Hinblick auf die zwischen 10 und 30 % gestiegenen Pflegesätze bleibe aber keine andere Wahl. Trotz höherer Haushaltsansätze für 2000 laufe sonst bei der Hilfe zur Erziehung ein nicht zu finanzierendes Defizit von 7 bis 10 Mio. DM auf.

**Herr Dr. Kühn** ergänzt, dass die Weiterentwicklung der Jugendhilfe parallel zum Haushaltssicherungskonzept weiterverfolgt wird.

**Herr Lenz** beantwortet auch eine Frage von **Frau Douven**. Das Ressort belege Heime - je nach den pädagogischen Notwendigkeiten - in der gesamten Bundesrepublik. Man wolle das qualitativ gute Angebot in Wuppertal erhalten und versuche deshalb, die Belegung von Plätzen in Heimen außerhalb Wuppertals abzubauen.

Der **Vorsitzende** dankt für den Bericht der Verwaltung und bittet, den Ausschuss laufend über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

## 6.2 Jugendgruppenleiterausweise

**Herr Mast-Weisz** erläutert die bereits vor der Sitzung ausgelegte Aufstellung über die in der Zeit vom 01.01.99 bis 30.08.00 ausgegebenen Jugendleiter/innen-Cards.

**Frau Richling** betont, dass die Jugendleiterausbildung in Wuppertal einen sehr hohen Qualitätsstandard erreicht hat.

Nach Auffassung des **Vorsitzenden** werden die Jugendleiter/innen nach ihrer Ausbildung mit den Cards alleine nicht zufrieden sein, wenn damit nicht auch gewisse Vorteile verbunden sind.

## 6.3 Kennzahlenvergleich in der Hilfe zum Lebensunterhalt unter Begleitung der Unternehmensberatung Kienbaum (Kienbaumvergleichsring) Drs.-Nr. 6451/00

Keine Wortmeldung!

### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.09.00

Der Endbericht 1999 der Kennzahlen in der Hilfe zum Lebensunterhalt wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

## 6.4 Gegenüberstellung der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Rates der Stadt zum Haushaltsplan 2000/2001 Drs.-Nr. 6076/00

Keine Wortmeldung!

### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 26.09.00

Der Bericht der Verwaltung zu den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses und des Rates der Stadt zum Haushaltsplan 2000/2001 wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

7.

**Wünsche und Anregungen**

**Herr Lenz** verweist auf die vor der Sitzung ausgelegte Einladung zu „Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe im neuen Millennium“. Er lädt alle Ausschussmitglieder herzlich ein, an der am 17. Okt. in der Berg. Universität/GH Wuppertal stattfindenden Veranstaltung teilzunehmen. Die Creme de la Creme der Jugendhilfereferenten werde an diesem Abend zu den aktuellen Problemen der Kinder- und Jugendhilfe Stellung nehmen.

**Herr Mucke** schlägt vor, dass sich der Ausschuss in der nächsten Sitzung mit dem Thema „Kinderrechte“ befasst.

**Frau Bill** regt an, in einer der nächsten Sitzungen die Kinder einzuladen, die beim letzten Kindergipfel mitgemacht haben.

Sie spricht sich dafür aus, künftig zum Welt-Kindertag eine große Veranstaltung zu planen. Durch die vielen kleineren Veranstaltungen an verschiedenen Orten werde das Interesse der Öffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße geweckt.

**Herr Mast-Weisz** ist bereit, mit den beteiligten freien Trägern entsprechende Gespräche zu führen.

**Frau Richling** betont, dass eine Bündelung der Aktivitäten zum Welt-Kindertag im Interesse der freien Träger liegt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen freien Träger würden durch die über den gesamten Monat September verteilten Veranstaltungen arbeitsmäßig sehr stark belastet.

Kühme  
Vorsitzender

Güster  
stellvertr. Vorsitzende

Dr. Kühn  
Geschäftsbereichsleiter

Korte  
Schriftführer